Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1918

Mr. 3.

Inhalt: Erlaß des Staatsministeriums, betressend Anwendung des vereinfachten Enteignungsversahrens bei der Ansschiffung öffentlicher Anlagen in den Gemarkungen Baden und Uesen, Kreis Achim, durch die Reichs-Marineverwaltung, S. 5. — Bekanntmachung, betressend die Genehmigung der Notvererdnung vom 8. Oktober 1917 über die Berlängerung der Antelskammermitglieder durch die beiden Häufer des Landtags, S. 6. — Bekanntmachung, betressend die Genehmigung der Notverordnung vom 27. September 1917 über die Verlängerung der Amtsdauer der Beisiger des Oberschiedsgerichts in Knappschaftsangelegenheiten zu Berlin und des Knappschaftsschiedesgerichts zu Breklau durch die beiden Häuser des Landtags, S. 6.

(Nr. 11620.) Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bei der Ausführung öffentlicher Anlagen in den Gemarkungen Baden und Uesen, Kreis Achim, durch die Reichs-Marineverwaltung. Vom 26. Januar 1918.

Unf Grund des § 1 der Allerhöchsten Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsversahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 (Geschsamml. S. 159) mit Nachsträgen vom 27. März 1915 (Geschsamml. S. 57) und vom 25. September 1915 (Geschsamml. S. 141) wird bestimmt, daß das in der Verordnung vorgesehene vereinfachte Versahren bei der Ausübung der der Reichs-Marineverwaltung zur Aussührung öffentlicher Anlagen in den Gemarkungen Baden und Uesen, Kreis Achim, durch Staatsministerialbeschluß vom 5. Januar 1917 verliehenen Entseignungsbesugnis stattsindet.

Berlin, den 26. Januar 1918.

Das Staatsministerium.

Friedberg. v. Breitenbach. Sydow. Graf v. Roedern. v. Waldow. Spahn, Drews. Schmidt. v. Eisenhart-Rothe. Hergt. Wallraf.

(Nr. 11621.) Bekanntmachung, betreffend die Genehmigung der Notverordnung vom 8. Oktober 1917 über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermiglieder durch die beiden Häuser des Landtags. Bom 9. Februar 1918.

Der auf Grund des Artifel 63 der Verfassungsurfunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 erlassenen Verordnung vom 8. Oktober 1917 (Geschsamml. S. 93) über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder haben die beiden Häuser des Landtags die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Berlin, den 9. Februar 1918.

Das Staatsministerium.

Friedberg. v. Breitenbach. Sydow. Graf v. Roedern. v. Waldow. Spahn. Drews. Schmidt. v. Eisenhart-Rothe. Hergt. Wallraf.

(Nr. 11622.) Bekanntmachung, betreffend die Genehmigung der Notverordnung vom 27. September 1917 (Gesehsfamml. S. 91) über die Verlängerung der Amtsdauer der Beisiger des Oberschiedsgerichts in Knappschaftsangelegenheiten zu Berlin und des Knappschafts. Schiedsgerichts zu Vreslau durch die beiden Häuser des Landtags. Vom 9. Februar 1918.

Der auf Grund des Artifel 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetssamml. S. 17) erlassenen Verordnung vom 27. September 1917 (Gesetssamml. S. 91) über die Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer des Oberschiedsgerichts in Knappschaftsangelegenheiten zu Verlin und des Knappschaftsschiedsgerichts zu Vrestau haben die beiden Häuser des Landtags die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Berlin, den 9. Kebruar 1918.

Das Staatsminister'um.

Friedberg. v. Breitenbach. Sydow. Graf v. Roedern. v. Waldow. Spahn. Drews. Schmidt. v. Eisenhart-Rothe. Hergt. Wallraf.

Redigert im Burv des Staatsmin fterums. — Berim, gebruckt in der Reichsbruckerei. Bestellungen auf einzelne Stücke der Peufrichen Gesessammlung und auf die Saubt-Sachverzeichniffe (1806 bis 1883 zu 6,25 M und 1884 bis 1913 zu 4,60 M) sind an die Voftanstalten zu richten.